

(Minister Matthiesen)

- (A) Wenn Sie da auch noch bereit sind, mir zu folgen, dann müßte es nicht nur möglich sein, eine Allianz der Übereinstimmung hier im Landtag zu erzeugen, sondern diese frohe abfallpolitische Botschaft ab morgen überall im Lande zu verbreiten und Ihr Angebot des Mir-folgen-Wollens überall dort zu verbreiten, wo verschiedene Parteivertreter in verschiedenen Bürgerinitiativen vor dem 1. Oktober die ach so sachlichen Diskussionen im Lande durch vielfältige Beiträge beglücken.

Ich danke Ihnen, daß Sie mir folgen. Wir werden dafür sorgen, daß dies im Lande konkret erfahrbar an allen Orten bekanntgemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich habe keine Wortmeldungen mehr. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle damit fest, daß die Große Anfrage 30 ihre Erledigung gefunden hat.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Viertes Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes  
(Viertes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 4. AndLBesG)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 10/4207

- (B) Beschlußempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung zur zweiten Lesung  
Drucksache 10/4438

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Innere Verwaltung zur dritten Lesung  
Drucksache 10/4613  
dritte Lesung

Ich darf daran erinnern, daß die dritte Lesung auf Antrag der Fraktion der F.D.P. nach § 81 Abs. 1 der Geschäftsordnung stattfindet.

Ich eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Herr Abg. Frechen für die Fraktion der SPD, bitte schön!

Frechen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hätte der Gesetzentwurf längst verabschiedet sein können, denn er war in den einzelnen Fraktionen inhaltlich unumstritten. Da kam aber die F.D.P. in letzter Minute in zweiter Lesung auf die Idee, noch draufzusatteln.

(Minister Matthiesen: Wieder einmal)

(C) Wir meinen, daß weitergehende Änderungen im Besoldungsgefüge, insbesondere im B-Bereich, sehr sorgfältig beraten werden müssen, und schließen nicht aus, daß die eine oder andere Position neu überdacht werden könnte. Aber vordringlicher Bedarf scheint uns eher im unteren A-Bereich zu herrschen. Hier gibt es eine ganze Reihe von Bediensteten, die mit ihrem Einkommen nicht weit entfernt sind von Sozialhilfesätzen.

Deshalb lehnen wir zur Zeit den F.D.P.-Antrag ab und stimmen dem Gesetzentwurf der Landesregierung zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Schlotmann für die Fraktion der CDU das Wort.

Schlotmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch nach nochmaliger Beratung des Gesetzentwurfs sind wir von der CDU-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, daß wir bei unserer Zustimmung zum Regierungsentwurf aus der zweiten Lesung und bei der Ablehnung des F.D.P.-Antrags bleiben, und dies nicht etwa, weil wir nicht lernfähig wären durch neue Beratungen, sondern weil wir ganz einfach meinen, daß man durch so herausgegriffene punktuelle Wohltaten nur neue Ungerechtigkeiten schafft.

(D) Wir meinen - Herr Frechen hat es auch gesagt -, daß man solche umfassenden Besoldungsänderungen auch umfassend beraten muß. Wir werden also im Fachausschuß beantragen, daß uns die Landesregierung einmal vorrechnet und ein Konzept vorlegt, was es kosten und bedeuten würde, wenn man sich an den Obergrenzen des Bundesbesoldungsgesetzes für Rektoren und Kanzler orientieren würde. Dann werden wir sehen, ob so etwas machbar ist. Wir haben ja eben vom Finanzminister gehört, wie der Personaletat des Landes belastet ist. Jedenfalls muß das einer ausführlichen Beratung im Fachausschuß vorbehalten bleiben.

Wir stimmen dem Regierungsentwurf in dritter Lesung zu und lehnen den F.D.P.-Antrag ab.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abg. Schultz-Tornau das Wort.

Schultz-Tornau<sup>\*</sup> (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier sind einige Argumente gefallen, die ich doch noch einmal würdigen möchte. Zum einen hat der Kollege der Sozialdemokraten eben vorgetragen, man

(Schultz-Tornau (F.D.P.))

- (A) solle etwas tun im Bereich der unteren A-Gruppen, also in der Nähe der Sozialhilfesätze.

(Hein (SPD): Genau!)

Das ist natürlich ein durchaus ernst zu nehmendes Argument, nur etwas kurios in einem Zusammenhang, in dem wir Höherstufungen heute beraten, die samt und sonders im Bereich der B-Gruppen liegen und wo wir uns einig sind. Wenn dieses Argument in der Logik liegt, dann hätte es auch für den Gesetzentwurf, den der Herr Finanzminister vorgelegt hat, ebenfalls Gültigkeit haben müssen. Also, das kann ja wohl keine Logik sein, die Sie hier angesprochen haben.

Uns ging es darum, gerade in dem Sachzusammenhang, in dem wir bei den Hochschulen - nach dem Willen des Finanzministers und nach dem einhelligen politischen Willen der drei Fraktionen - eine Reihe von Höherstufungen vorgesehen haben, zu prüfen, ob nicht vergleichbare Tatbestände da sind, die in anderen Fällen ebenfalls eine solche Anhebung, dann gerade auch unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten, notwendig machen würden.

Herr Kollege Schlotmann, uns ging es nicht darum, die Obergrenzen auszuschöpfen. Wenn Sie unseren Vorschlag anschauen, dann werden Sie feststellen: Wir sind von den Obergrenzen deutlich entfernt.

- (B) Daß ich noch einmal hier stehe als hochschulpolitischer Sprecher und nicht unsere Kollegin, die den innenpolitischen, besoldungsrechtlichen Teil vertritt, geht doch darauf zurück, daß wir der Meinung sind: Gerade im Bereich der Fachhochschulen haben wir nicht nur quantitativ eine enorme Entwicklung hinter uns, sondern wir sind uns auch sonst immer in Sonntags- und Werktagsreden darüber einig, daß die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen qualitativ einen enormen Sprung nach vorn gemacht haben. Wer das sonst vertritt, der muß eben auch besoldungsrechtlich entsprechende Konsequenzen ziehen; sonst wird er hochschulpolitisch unglaubwürdig.

Das ist die Philosophie unseres Erweiterungsantrags gewesen. Wir bedauern sehr, daß dieser Philosophie nicht gefolgt wird.

Da in den Ausschußberatungen in diesem Zusammenhang von Willkür gesprochen wurde, darf ich doch noch einmal daran erinnern, daß wir in diesem Punkt nicht in so schlechter Gesellschaft sind; denn die Wissenschaftsministerin, Frau Brunn, hat ebenfalls,

wenn auch vergeblich, im Kabinett einen entsprechenden Vorstoß in die gleiche Richtung unternommen, in die der F.D.P.-Vorschlag zielt. (C)

Ich bedauere, daß wir die dritte Lesung vergeblich beantragt haben. Aber man soll die Hoffnung nie aufgeben. So habe ich in den Untertönen der beiden Kollegen gehört, daß sie vielleicht mit einer Schamfrist von einigen Monaten mit einem Vorschlag kommen, der das aufgreift, was wir Ihnen heute schon vorschlagen und gern umgesetzt hätten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Frechen für die Fraktion der SPD.

Frechen (SPD): Der Kollege von der F.D.P., der ja in der Ausschußsitzung, in der wir das beraten haben, nicht anwesend war, hat mich wohl mit Absicht mißverstanden. Ich darf das klarstellen. Wir haben gesagt: Wir haben durchaus Verständnis dafür, daß im B-Bereich die eine oder andere Position neu überdacht werden muß. Nur, wir wollen das nicht jetzt und kurzfristig tun, sondern wir wollen das einer sorgfältigen Beratung vorbehalten. In diesem Zusammenhang habe ich gesagt: Dann muß nicht nur der B-Bereich überdacht werden, sondern auch der A-Bereich, und hier insbesondere der A-Bereich im unteren Level, der tatsächlich nahe an den Sozialhilfesätzen ist. Den Zusammenhang, den Sie hergestellt haben, habe ich hier nicht vorgetragen. Ich durfte das klarstellen. (D)

Was Ihre Weitsicht anlangt, die Sie eben darzustellen versuchten, darf ich in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß Sie erst in der zweiten Lesung auf den Gedanken gekommen sind, und zwar just an dem Tag, an dem die Briefe der drei Kanzler und der drei Rektoren vorlagen, die selber um eine Besoldungserhöhung baten. Das ist also nicht auf Ihrem eigenen Mist gewachsen, sondern Sie haben sich dieser Briefe bedient. Das ist kurzsichtiges liberales Politikmarketing. Das ist natürlich Ihre Angelegenheit. Aber es geht nicht an, daß Sie jetzt auf einmal sagen: Wir hatten zum Hochschulbereich hier schon weitgehend die Gedanken, die Frau Brunn geäußert hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung